

Neue Mehrheit in Wachtberg

Wunsch und Wirklichkeit!

Mit drastischen Worten, der General-Anzeiger nennt es in seiner Ausgabe vom 15.07.2014 eine „Mischung aus Spott und Zorn“, nimmt die CDU Wachtberg Stellung zu den geänderten Mehrheitsverhältnissen in Wachtberg. Anlass war der von SPD, UWG, GRÜNEN und UNSER WACHTBERG eingebrachte Antrag, auch in Wachtberg eine Ehrenamtskarte einzuführen. Ein Vorhaben, das die CDU in den vielen Jahren einer eigenen Mehrheit längst hätte durchsetzen können. Nun aber, da die Idee nicht von dort kommt, wird die Beschlussfassung als „Zeichen der Schwäche“ kommentiert, das dieser neuen Mehrheit „auf der Stirn geschrieben“ stehe.

Hierin kommt der vom General-Anzeiger beschriebene Zorn über die verlorene Kommunalwahl zum Ausdruck. Die CDU hat ihre Wahlniederlage nicht verwunden und ist nach wie vor in altem Lagerdenken verhaftet.

Tatsache ist zwar, dass es im neuen Wachtberger Rat keine festgefügte Mehrheit gibt. SPD, UWG, GRÜNE und UNSER WACHTBERG haben auch keine Koalition vereinbart. Wir wollen uns aber themenbezogen abstimmen und zusammen arbeiten. Denn wir haben festgestellt, dass es viele Sachfragen gibt, in denen wir gleiche oder ähnliche Ansätze verfolgen, die Basis einer Politik im ausschließlichen Interesse aller Wachtberger Bürgerinnen und Bürger sein könnte.

Das sollte Ziel aller im Rat vertretenen politischen Kräfte sein. "Es bedeutet nicht, dass dafür eine Koalition eingegangen werden muss! ", so Thomas Franz, Fraktionsvorsitzender der Wählervereinigung Unser Wachtberg. "Der von der CDU vermisste Koalitionsvertrag dient doch im Ergebnis nur dem Erhalt der Macht, wird er doch regelmäßig bemüht, um in Sachfragen anders denkende "auf Kurs" zu bringen. Bei SPD, UWG, Grünen und Unser Wachtberg herrscht dagegen der Wille vor, sich auf Sachfragen zu konzentrieren und tragfähige Kompromisse im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu finden."

Beispiel Ehrenamtskarte: Der von SPD, UWG, Grünen und Unser Wachtberg gemeinsam in den Rat eingebrachte Antrag sah vor, die - in NRW schon seit Jahren existierende - Ehrenamtskarte endlich auch in Wachtberg einzuführen. Ferner sollte die Verwaltung prüfen, inwieweit die Gemeinde Wachtberg den Inhaberinnen und Inhabern Vergünstigungen bei Nutzung öffentlicher Einrichtungen der Gemeinde gewähren kann. In der Diskussion kamen aber auch aus Reihen der CDU Anregungen, das in NRW existierende Modell zu verändern. Da diese Anregungen nicht sämtlich aus dem Stand heraus bewertet werden konnte, hat der Rat einstimmig, also auch mit den Stimmen der CDU, einen Prüfauftrag an die Verwaltung für die nächste Ratssitzung formuliert. Zugegeben, das hätte es früher wahrscheinlich nicht gegeben. Doch auch in diesem Punkt wird man sich an einen anderen Politikstil gewöhnen dürfen.

Beispiel Schulstandort Berkum: Die CDU vertritt die Auffassung, nicht für alle Schüler sei das Abitur das richtige Ziel und die örtlichen Betriebe auch nicht nur Abiturienten suchen würden. Stimmt, soll dies so aber verstanden werden, dass der Schulstandort Wachtberg nur dazu dient, örtliche Betriebe mit Nachwuchs auf mittlerem Bildungsniveau zu versorgen?

Nach unserer Auffassung läuft die Sekundarschule in Berkum Gefahr, in ihrer derzeitigen Form für die Schülerinnen und Schüler zu einer Sackgasse zu werden. Es fehlt das Angebot einer 2. Fremdsprache und so wird ein Schulwechsel nahezu unmöglich. Probleme kann es schon bei einem Umzug geben. Oder was ist, wenn jemand aus anderen Gründen eine andere weiterführende Schule besuchen will auch, um dort z.B. das Abitur abzulegen? Daher ist es unerlässlich, eine 2. Fremdsprache möglichst zeitnah zumindest anzubieten. Im Anschluss kann in Ruhe geprüft werden, ob die Schule und die Gemeinde das Potential haben, die vorhandene Schule in eine Gesamtschule weiter zu entwickeln, was wünschenswert wäre. Denn dann könnte jeder Schüler dieser Schule in Wachtberg einen den eigenen Wünschen oder Fähigkeiten entsprechenden Schulabschluss machen.

Was unabhängig von Allem gilt: Wachtberg verdient jedenfalls eine auf Nachhaltigkeit angelegte Schulentwicklung.

Und wenn man dann auf die in der letzten Ratsperiode nicht erledigten Punkte schaut, wird schnell klar, dass hier jede Menge Arbeit vor allen Beteiligten liegt.